

ein stilistischer Mangel, der Außenstehenden die Zustimmung erschweren könnte: Der Text ist insofern von einer gesellschaftlichen Einschränkung geprägt, als bereits die Beschreibung des Begriffs „Frieden“ mit dem Satz „Die Arbeitnehmer wissen“ eingeleitet wird.

Genannt werden fünf Sinngewandungen des Friedens: er ermögliche die Beseitigung des weltweiten Elends, die Schaffung einer menschenwürdigen Gesellschaft, die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts, die Entfaltung der Grundrechte und die Erfüllung des Gewerkschaftsauftrages.

Der DGB-Aufruf steht der Position der Bundesregierung nahe. Der Bundeskanzler ließ durch Regierungssprecher Kurt Becker mitteilen, er würde auch unterschreiben, wenn er nicht selbst einer der Adressaten wäre (Süddeutsche Zeitung, 8. 9. 81). Von den Supermächten werden „unverzüglich Verhandlungen über Rüstungsbegrenzung und Rüstungsabbau“ gefordert. Von der Bundesregierung und dem Bundestag wird verlangt, sie sollten „alle ihre Möglichkeiten zur schnellen Inangansetzung solcher Verhandlungen nutzen“. Ziel müsse es sein, „auf die Stationierung weiterer Mittelstreckenraketen in Europa zu verzichten, die Produktion von Atomwaffen einzustellen, die bereits stationierten Mittelstreckenraketen abzubauen“. Zwar beschreibt die letzte Forderung eine Bedingung für die Beurteilung des Verhandlungserfolges. Aber weder übernimmt der DGB-Aufruf die im Nato-Doppelbeschluß gesetzte Frist für Verhandlungen und den Beginn einer eventuellen Nachrüstung (1983), noch werden Folgerungen aus einem möglichen Scheitern gezogen. Genannt wird allerdings das Ziel eines Verbotes „atomarer Waffen und anderer Vernichtungsmittel sowie neuer Waffentechnologien“.

Sollte es tatsächlich, wie von den Initiatoren angestrebt und erwartet, zwei Millionen Unterschriften unter diesen Aufruf geben, kann das nicht ohne Wirkung auf die in ihrer Mehrheit gewerkschaftlich orientierten Delegierten des nächsten SPD-Parteitag bleiben, auf dem wieder über

Nachrüstung und die Neutronenbombe debattiert werden soll.

In welchem Ausmaß es einzelnen Gruppierungen gelingen wird, den angekündigten „heißen Herbst“ und damit eine breite Bewußtseinsbildung für die unterschiedlichen Friedensvorstellungen zu realisieren, bleibt abzuwarten; in einzelnen Verbänden wird bereits die Diskussion um die Beteili-

gung zum Politikum. Jedenfalls könnten die Folgen der zunehmenden Ideologisierung am ehesten durch eine sachkompetentere und emotionsfreiere Sichtweise aufgefangen werden. Sicher zutreffend ist eine Beobachtung von DGB-Vorstandsmitglied Karl Schwab: „Die gutgläubigen Unterzeichner von Aufrufen wissen doch oft gar nicht, was sie unterschreiben.“

C. R.

Weltkirchenrat: in Dresden wenig Neues

Daß die diesjährige Zentralaussschuß-Tagung des Weltkirchenrates hierzu-lande ungewöhnlich viel Beachtung fand und ein starkes Echo in den Medien hervorrief, lag vor allem am Tagungsort. Die 140 Mitglieder des Zentralaussschusses kamen vom 16. bis 26. August in Dresden zusammen, wobei nach Meinung der Beobachter die Tagung in einem sonst nicht üblichen Maß von der *Begegnung mit der gastgebenden Kirche* geprägt wurde. Licht- und Schattenseiten im Leben der Evangelischen Kirchen in der DDR, an deren Grundoption „Kirche im Sozialismus“ Bischof Albrecht Schönherr in seiner Eröffnungsrede erinnerte, kamen in Dresden deutlich zum Vorschein, sowohl was die Staat-Kirche-Beziehungen anbelangt als auch in bezug auf die innere Verfassung der Kirche.

Die Arbeit des Zentralaussschusses galt wie gewöhnlich der Sichtung und Überprüfung der vielfältigen Aktivitäten der einzelnen Einheiten, Untereinheiten und Kommissionen des ÖRK, der sich schon mitten in der Vorbereitung auf die Sechste Vollversammlung befindet, die vom 24. Juli bis 10. August 1983 in Vancouver stattfinden wird. Auf der letzten Tagung des Zentralaussschusses 1980 in Genf (vgl. HK, Oktober 1980, 523–527) hatte man sich besonders mit der Nacharbeit der Weltmissionskonferenz in Melbourne und der Konferenz über „Glaube, Wissenschaft und Zukunft“ beschäftigt. In Dresden galt besonderes Interesse u. a. den Ergebnissen einer Konsultation über Männer und

Frauen in der Kirche sowie dem Studienprogramm der „Christlichen Gesundheitskommission“ zum Thema „Das christliche Verständnis von Gesundheit, Heilen und Ganzheit“.

Ein zusammenfassender Überblick über das, was gegenwärtig im Weltrat getan und gedacht wird, läßt sich, will man nicht alle Einzelvorhaben aufzählen, am ehesten aus der Liste von *Problembereichen* gewinnen, die in Dresden zur Aufnahme in das Programm der Vollversammlung empfohlen wurden: Gute Nachricht für die Armen; Auf dem Weg zu einem gemeinsamen Bekenntnis des Glaubens; Zeugnis in Einheit; Ökumenischer Austausch von Ressourcen; Das Ringen um Frieden und Abrüstung im Atomzeitalter; Für eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung; Die Herausforderung von Wissenschaft und Technik; Bekämpfung des Rassismus; Die Gemeinschaft von Frauen und Männern in der Kirche; Die Kirche als lernende Gemeinschaft; Glaubwürdige christliche Kommunikation; Der Kampf um die Menschenrechte; Gesundheit, Heilen und Ganzheit.

Diese Zusammenstellung ergibt ein getreues Bild der programmatischen Schwerpunktsetzungen des ÖRK in den zurückliegenden Jahren mit ihrem nicht spannungsfreien Nebeneinander der Zielsetzungen Einheit der Kirche und Einheit der Menschheit. In Dresden wurden diese Schwerpunkte *fortgeschrieben*, damit aber, wie sich in den Diskussionen und Erklärungen zeigte, auch die damit gegebenen Spann-

gen. Gleich an zwei Stellen traten in Dresden die Schwierigkeiten zutage, die sich aus der *Stellung der orthodoxen Mitgliedskirchen* im ÖRK ergeben: Zum einen äußerten sich orthodoxe Zentralaussschuß-Mitglieder sehr kritisch zu einigen der Empfehlungen an den Weltrat, die bei der Konsultation „Männer und Frauen in der Kirche“ in Sheffield (vgl. HK, September 1981, 479) verabschiedet wurden. Dabei entzündete sich der Streit zunächst vor allem an der Forderung, daß Frauen in allen Untergruppen und Komitees des ÖRK die Hälfte der Mitglieder stellen und die Kirchen auch ihre eigenen Strukturen daraufhin überprüfen sollten. Ebenso deutlich war bei der Diskussion über die gewichtigere Frage der Abendmahlsfeiern während der Vollversammlung von Vancouver das orthodoxe Votum gegen Tendenzen zur Interkommunion und das Beharren auf „geschlossenen Eucharistiefeiern“.

Die *Forderungen* der orthodoxen Mitgliedskirchen an den Weltrat waren erst auf einer Konsultationstagung nochmals formuliert worden, die dieses Frühjahr in Sofia stattfand. Auf dieser Tagung, von der der Vorsitzende des Zentralaussschusses, Erzbischof Edward Scott, in seinem Bericht in Dresden ausführte, sie habe im Rahmen des „freimütigen und konstruktiven“ Gesprächs des ÖRK mit seinen orthodoxen Mitgliedskirchen stattgefunden, wurde unter anderem eine *stärkere Vertretung der Orthodoxen in allen Organen des Weltrates* und eine Veränderung des Abstimmungsmodus bei theologischen Texten verlangt. Es wurde auch für eine stärkere Berücksichtigung des orthodoxen Standpunkts in den Lehrdokumenten des ÖRK plädiert. Hier bleibt abzuwarten, wie sich die Dinge vor und dann in Vancouver weiter entwickeln. Was die Beziehungen des ÖRK zur *Katholischen Kirche* angeht, hatte man einigen Aufschluß über den weiteren Weg vom Besuch Johannes Pauls II. in Genf erwarten können, der nach dem Attentat vom 13. Mai abgesagt werden mußte. So blieb es in Dresden bei der Registrierung der laufenden Zusammenarbeit in den verschiedenen Programmeinheiten.

Eine klare Entscheidung fiel in Dresden in bezug auf das *Verhältnis der Heilsarmee zum ÖRK*. Nachdem die Mitgliedschaft der Heilsarmee schon seit 1978 geruht hatte, als sie gegen die Zuwendung von Geldern aus dem Sonderfonds des Antirassismusprogramms an die „Patriotische Front“ im damaligen Rhodesien protestierte, erklärte sie nun ihren Austritt. Als Hauptgrund dafür wurde von der Heilsarmee, die dennoch auch in Zukunft einzelne Programme des Weltrates weiter unterstützen will und als „brüderliche Delegation“ in Verbindung mit Genf bleiben wird, genannt, die Handlungsweise des Weltrates werde weniger vom Evangelium als von Politik bestimmt. Allerdings kamen dazu auch Bedenken der Heilsarmee mit ihrem nicht-sakramentalen Gottesdienstverständnis hinsichtlich des Strebens der ÖRK-Mitgliedskirchen nach eucharistischer Gemeinschaft.

Das letzte Jahr in Genf vom Zentralaussschuß deutlich bestätigte *Antirassismusprogramm* wurde dem in Dresden erstatteten Bericht zufolge kontinuierlich weitergeführt, wobei auf eine „Zunahme an ökumenischen Initiativen und Programmen zu Fragen der Rassengerechtigkeit“ und auf eine in den letzten Jahren vermehrte finanzielle Unterstützung für den allgemeinen Haushalt des Programms hingewiesen werden konnte. Ganz auf der Linie der bisherigen Stellungnahmen des Weltrates lag auch die in Dresden verabschiedete Erklärung zur Lage in *Namibia*, in der wiederum die Anerkennung der SWAPO als rechtmäßiger Vertreterin des Volkes von Namibia gefordert und vor einer Anerkennung der Turnhallenallianz gewarnt wurde.

Stärkere Beachtung fand die vom Zentralaussschuß vorgelegte Erklärung „Zunehmende Bedrohung des Friedens und die Aufgaben der Kirchen“. Sie enthält vor allem den Aufruf an die Kirchen, ihr Friedensengagement zu verstärken, und bekräftigt ihre „Aufgabe und Verantwortung ... angesichts der noch nie dagewesenen Gefahr einer verheerenden, ja vielleicht unwiderrufflichen Vernichtung allen

menschlichen Lebens“. Neben dem Appell an die Führer beider militärischer Blöcke, möglichst bald ernsthaft Abrüstungsverhandlungen einzuleiten, findet sich eine deutliche *Verurteilung der Neutronenwaffe*, die das „jüngste und anschaulichste Beispiel“ für die Entwicklung neuer entmenslichender Waffen in verschiedenen Ländern sei. Die Frage nach der Kompetenz des Zentralaussschusses hinsichtlich der Verurteilung waffentechnischer Entwicklungen stellt sich damit unausweichlich, ohne daß man damit auch schon den Grundtenor der Erklärung zurückweisen müßte. Weitere Klärungen könnte eine vom Weltrat organisierte öffentliche Anhörung zum Thema Atomwaffen und Abrüstung bringen, die vom 23. bis 27. November in Amsterdam stattfinden wird.

Es ist nicht zuletzt Aufgabe des Generalsekretärs, in seinem jährlichen Bericht vor dem Zentralaussschuß eine einheitliche Grundperspektive für die Aktivitäten des Weltrates aufzuzeigen. Philip Potters Ausführungen in Dresden kreisten um die Begriffe *Heilung und Heil*. Ausgehend von der Feststellung: „Die heilende Kraft und Gabe Gottes ist die zentrale Aussage der biblischen Offenbarung“, hob er auf das „heilende Amt“ der Kirchen und damit der ökumenischen Bewegung im Blick auf die individuellen und gesellschaftlichen Krankheits-symptome ab. Potter benutzte diese „therapeutische“ Deutung kirchlichen Handelns sowohl zur Rechtfertigung der verschiedenen umstrittenen Programme des ÖRK wie zu selbstkritischen Rückfragen: „Denn nur wenn die Kirchen ihrer eigenen Krankheit furchtlos ins Auge sehen und versuchen, sie durch Gottes Geist, der Einsicht und Kraft schenkt, zu bekämpfen, werden sie sich glaubwürdig an dem Prozeß der Heilung von einzelnen, der Gemeinschaft und der Welt beteiligen können.“ Man mag Zweifel haben, ob es sinnvoll ist, in dieser Weise alle gesellschaftlichen Übel unter den Begriff der Krankheit zu subsumieren, ebenso wie man den von Potter gebrauchten Gesundheitsbegriff der Christlichen Gesundheitskommission (Gesundheit als ein „Zu-

stand des körperlichen, geistigen, wirtschaftlichen, politischen und sozialen Wohlbefindens; ein Zustand der Harmonie miteinander, mit der natürlichen Umwelt und mit Gott“) nicht unbesehen übernehmen kann. Anzuerkennen ist jedoch Potters Bemühen um *Selbstkritik* wie um die Hervorhebung der *spirituellen Dimension* des kirchlichen Heils- und Heilungsauftrags.

Der Generalsekretär zielte mit der Schwerpunktsetzung seines Dresdner Berichts auch schon auf das Thema

der Vollversammlung von 1983 „Jesus Christus, das Leben der Welt“. Es wird viel davon abhängen, ob und wie es gelingt, neben der Arbeit an den oben aufgezählten Programmbereichen dieses Leitwort *theologisch zu füllen*. In Dresden wurden erste Unterthemen formuliert: Leben, eine Gabe Gottes; Leben inmitten des Todes; Leben in seiner ganzen Fülle und Leben in Einheit. Als Erläuterung zum letzten Punkt war zu lesen: „In unserer gespaltenen Welt sind die Kirchen aufgerufen, Schranken untereinander und

in der Welt niederzureißen.“ Auch nach der Zentralaussschußtagung in Dresden, die fast ausschließlich mit der Fortschreibung programmatischer Entscheidungen und Schwerpunktsetzungen der letzten Jahre beschäftigt war, bleibt im Vorblick auf Vancouver offen, ob der Weltrat der Kirchen die Kraft aufbringen wird, die entscheidende Frage nach der *Einheit* neu in den Mittelpunkt zu stellen und von dort aus seine vielfältigen Programme und Aktivitäten kritisch zu überprüfen. U. R.

Entwicklungen

Österreich: die Protestbewegungen assimiliert

Österreich ist nach wie vor der einzige Staat der ganzen Welt, in dem *der Betrieb von Atomkraftwerken gesetzlich verboten ist*. Schon seit geraumer Zeit drängen Teile der Industrie, Sprecher der Wirtschaft und vor allem *Anton Benya*, der Präsident des mächtigen Gewerkschaftsbundes, auf eine Aufhebung des Atomsperrgesetzes. Auch die Regierung Kreisky will das bereits seit zweieinhalb Jahren fertiggestellte, aber eingemottete Atomkraftwerk Zwentendorf in der Nähe von Wien in Betrieb nehmen, aber nur unter der Voraussetzung, daß die Österreichische Volkspartei (ÖVP) die Verantwortung dafür voll mitträgt. Die Volkspartei hingegen ist trotz heftiger interner Spannungen zwischen dem Arbeitnehmerflügel, der eher für das Atomsperrgesetz eintritt, und den atomfreundlichen Wirtschaftskreisen hart geblieben: sie gibt keine Zustimmung zur Änderung des Atomsperrgesetzes, die einer Zweidrittelmehrheit bedarf.

Nachwirkungen des Zwentendorf-Debakels

So bleibt das *Atomkraftwerk Zwentendorf*, das mit einem Kostenaufwand von umgerechnet 1,3 Milliarden DM errichtet wurde, auch weiterhin die teuerste Ruine Österreichs, und die Problematik der Atomenergie bleibt allein und ausschließlich von parteipolitischen Erwägungen bestimmt. Ausgangspunkt für diese Lage war die *Volksabstimmung* im November 1978, die Bundeskanzler *Bruno Kreisky* knapp vor der geplanten Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Zwentendorf durchführen ließ. Kreisky

stand damals unter dem Eindruck der Wahlniederlage seines Freundes *Olof Palme* in Schweden, die vor allem durch das Atom-Thema bestimmt gewesen war. Aus diesem Grund wollte sich Kreisky noch vor Inbetriebnahme des ersten Atomkraftwerkes die Rückendeckung einer Volksabstimmung sichern, deren Ausgang überhaupt nicht zweifelhaft schien: Die sozialistische Regierungspartei mit ihrer absoluten Mehrheit war eindeutig dafür, der Gewerkschaftsbund unterstützte massiv diese Linie, die gesamte Elektrizitätswirtschaft, die Industrie und weite Kreise der übrigen Wirtschaft traten ebenfalls für die Inbetriebnahme von Zwentendorf ein. Eine aufwendige Werbekampagne, die sowohl von der Industrie als auch von der SPÖ finanziert wurde, sorgte für eine breite Öffentlichkeitsarbeit. Die ÖVP als große Oppositionspartei gab ihren Wählern keine Empfehlung, wie sie sich bei der Volksabstimmung verhalten sollten, und nur die kleine Freiheitliche Partei (FPÖ) war relativ geschlossen dagegen. So konzentrierte sich die Opposition gegen die friedliche Nutzung der Kernkraft auf einige Alternativgruppen, auch innerhalb der SPÖ, die aber quantitativ kaum ins Gewicht fielen. Alle Meinungsforschungsergebnisse erbrachten daher die einhellige Prognose, daß mit einem breiten Ja zugunsten der Atomkraftwerke zu rechnen sei. Knapp vor der Volksabstimmung kam es jedoch zu einem folgenschweren taktischen Fehler von Bruno Kreisky, der sich sonst immer wieder aufs neue als Meister der politischen Taktik erweist: Kreisky erklärte im Fernsehen, er sehe im Ausgang dieser Volksabstimmung so etwas ähnliches wie eine „*Vertrauensfrage*“ gegenüber seiner Person, und er schloß seinen Rücktritt nicht aus, wenn sich eine